

# **Die Haushaltspläne der Stadt Krefeld**

- eine zusammenfassende Darstellung für 1999 bis 2004 -

## **I. Doppelhaushalt 2000/2001**

### **Haushalt und Finanzen**

Mit dem am 26. Juni 2000 verabschiedeten Doppelhaushalt setzt die CDU-Ratsfraktion die von ihr 1994 eingeleitete sparsame Haushalts- und Finanzwirtschaft mit dem Ziel der Wiederherstellung der Ordnung der Finanzen fort. Die Realsteuern werden entweder nicht (Gewerbesteuer) bzw. nur maßvoll (Grundsteuer in 2002 von 440 auf 475 v.H.) erhöht. Die Personal- und Sachausgaben bleiben unter Berücksichtigung der allgemeinen Kosten- und Tarifentwicklung mit 140,138 Mio. Euro auf niedrigem Niveau in etwa konstant. Der Schuldenanstieg wird weiterhin begrenzt. Schwerwiegende Eingriffe (z. B. Schließung städtischer Einrichtungen) und sozial unverträgliche Einschnitte werden vermieden. Auf der Einnahmeseite kündigen sich aufgrund bundespolitischer Fehlsteuerungen erhebliche Steuerausfälle an. Dennoch schreibt der Regierungspräsident in der Genehmigungsverfügung zum Haushalts-sicherungskonzept 2000/2001: „Ausdrücklich hervorheben möchte ich zunächst das gute Ergebnis 1999, mit dem die Stadt erstmals seit 1991 eine strukturelle Überdeckung erzielt hat. Dies zeigt, dass Sie die Konsolidierungslinie verantwortungsbewusst verfolgt haben und Ihre Sparbemühungen erfolgreich waren.“

Die SWK-Gruppe erhält eine wettbewerbsadäquate Holding-Struktur, die die SWK Stadtwerke Krefeld AG und die Tochtergesellschaften SWK Energie GmbH und SWK Mobil GmbH umfasst. Die Tochtergesellschaften SWK Aqua GmbH und andere sind zu dieser Zeit noch nicht operativ tätig. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft verstärkt ihre Bestandspflege- und Ansiedlungsbemühungen. Zwar lässt sich die bundespolitisch bedingte Arbeitslosigkeit dadurch nicht beseitigen, sie kann aber Arbeitsplätze neu schaffen bzw. vorhandene erhalten. Im Bereich der Grundstücksaktivitäten kauft die WfG im Jahresdurchschnitt rund 127.100 Quadratmeter an und verkauft 77.400 weiter. Im Rahmen der Finanzberatung werden zinsgünstige Kredite vermittelt. Krefelder Bau GmbH und Wohnstätte Krefeld AG legen positive Bilanzen vor. Für das Klinikum werden ein Erweiterungsbau für das operative Zentrum sowie ein Parkhaus geplant. Am Cäcilienhospital in Hüls wird eine neue geriatrische Tagesklinik gebaut.

### **Bau, Planung, Stadtentwicklung**

Bau, Wohnungswesen und Verkehrsplanung haben weiterhin hohe Bedeutung. Mit rund 140 Mio. Euro investiert die Stadt sinnvoll und nachhaltig in ihre Zukunft. Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Stadtteilzentren sowie Pflege und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind die Handlungsmaximen der von der CDU-Ratsfraktion initiierten Maßnahmen. Mit dem Umbau beispielsweise des Platzes an der Alten Kirche (286.000 Euro) und der Gestaltung des Platzbereiches Peters-/Lohstraße (1.065.000 Euro) setzt die CDU-Fraktion wichtige Akzente der Stadtentwicklung. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen, eine Entwurfsfassung wird von der Stadtverwaltung vorgelegt. Der Flächennutzungsplan von 1974 ist bereits vielfach in vereinfachter Form geändert und kann erforderliche Korrekturen und neue Überlegungen zur Struktur des städtischen Gesamttraumes nicht mehr hinreichend berücksichtigen. Parallel wurden Bebauungsplanverfahren abgeschlossen und dadurch notwendige Entwicklungspotentiale für den Wohnbau aber auch Gewerbe- und Industrieansiedlungen erschlossen. Ein Entwicklungskonzept für die Flächen entlang der A 44

wird erstellt und beschlossen, für die Erschließung in Hüls-Südwest werden 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich der Westumgehung wird mit den Nachbarkommunen Einvernehmen bezüglich der Trassenführung erzielt. Zur Entwicklung des Krefelder Hafens wird ein Grundsatzbeschluss gefasst. Danach soll eine neue Hafenbrücke als Hubbrücke erstellt, die Bataverstraße begradigt und fortgeführt werden, Pläne für den endgültigen Ausbau der Hafeningstraße sollen erstellt sowie Planungsvorbereitungen für eine zweite Containerbrücke getroffen werden. Der Straßenbulasträger der A 57 wird aufgefordert, die A 57 im Abschnitt zwischen Kamp-Lintfort und Strümp für den sechsspurigen Ausbau vorzusehen, wenn dadurch eine deutliche Verbesserung des Umweltschutzes und eine Optimierung der städtebaulichen Qualität (Lärmschutz, Tunnellage, Beseitigung der städtebaulichen Trennung) sowie der Verkehrsleistung erreicht werden kann. Im Finanzplanungszeitraum sind für die verschiedenen Straßenbau- und Erschließungsmaßnahmen rund 22,5 Mio. Euro vorgesehen. Die Straßeninstandsetzung wird mit Mitteln in Millionenhöhe betrieben. Die Fortschreibung des Marketing-Konzeptes wird beschlossen, die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes wird eingeleitet. Der Wohnungsbestand wächst um rund 1.000 Einheiten auf 120.296 Wohnungen. Die Sanierung des Südwalls schreitet fort. Neue Buskaps werden gebaut.

### **Jugend/Soziales/Gesundheit**

Mit rund 300 Mio. Euro setzt die Stadt im Doppelhaushalt 2000/2001 einen Schwerpunkt für den Bereich Jugend/Soziales/Gesundheit. Das sind über 20 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes. Zwar können die freien Träger von den allgemeinen Sparzwängen nicht ausgenommen werden, dennoch erlaubt ihnen die Gestaltung der Etatansätze die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit in Krefeld. Im Doppelhaushalt 2000/2001 sind zur Förderung der Sozialverbände 5 Mio. Euro vorgesehen. Die ökologische und pädagogische Umgestaltung von Kinderspielplätzen wird mit 60.000 Euro fortgesetzt.

Die Planungen für den Bau eines Alten- und Pflegeheimes in Oppum schreiten fort. Als Bau-träger wird die Bau GmbH tätig, Betriebsträger wird die Stadt Krefeld.

Nachdem der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Krefeld erfüllbar ist, liegt der Schwerpunkt beim weiteren Ausbau des Angebotes für eine qualifizierte Tagesbetreuung für Kinder. Der Stufenplan „Qualifizierte Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter“ sowie das Aktionsprogramm „Verlässliche Schule von acht bis eins sowie von acht bis vier“ werden um- bzw. fortgesetzt. An Grundschulen, in Tageseinrichtungen für Kinder und in Einrichtungen der Jugendarbeit entstehen weitere 250 Plätze. Dafür sind 450.000 Euro vorgesehen. Die Seniorenarbeit wird weiter gefördert. Mit dem Plan für „Menschen mit Behinderung in Krefeld“ wird die integrierte Sozialplanung um einen weiteren Baustein ergänzt. Für die Kinder- und Jugendeinrichtungen gibt es ein umfassendes Instandsetzungsprogramm. Anfällige Bauteile, z. B. die Dächer an der Kindertagesstätte Remscheider Straße oder Märklinstraße, erfordern einen hohen Reparaturaufwand. Für das Wohngebiet „Am Schicksbaum“ wird eine neue Kindertagesstätte geplant.

Die örtlichen Bemühungen zur Beschäftigungsförderung werden über die Zentralstelle für Beschäftigungsförderung (ZfB) und das Regionalsekretariat fortgesetzt. Die ZfB hat ihre Angebotspalette erweitert, und die Gesamtzahl der teilnehmenden Personen ist erneut gestiegen. Gestiegen ist auch die Anzahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, die in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist nicht zuletzt dank dieser Anstrengungen weiter rückläufig. Andererseits kommen auf die Sozialhilfe durch den Rückzug des Landes aus dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“, dem teilweisen Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Unterhaltsvorschusses und weiterer struktureller Änderungen erhebliche Mehrbelastungen zu. Das erweiterte Antragsverfahren hat sich bewährt und wird im Fachbereich Soziales flächendeckend eingeführt. Krefeld hat inzwischen die niedrigste Zugangsquote zur Sozialhilfe in ganz NRW.

### **Schule und Kultur**

Rund 85 Millionen Euro lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule in den Jahren 2000/2001 kosten. Ein großer Anteil entfällt auf laufende Personal- und Geschäftsausgaben. Rund 16,5 Mio. Euro sind für Investitionen vorgesehen. Damit trägt die CDU-Ratsfraktion der „hohen Bedeutung des Schulwesens“ Rechnung. Darüber hinaus sind in der mittelfristigen Investitionsplanung die Errichtung einer Grundschule in Schicksbaum einschließlich einer Zweifachsporthalle, die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Eichendorffstraße einschließlich der Errichtung einer Zweifachsporthalle, die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Hülser Straße, die Erweiterung des Maria-Sybilla-Merian-Gymnasiums, die Erweiterung des Gymnasiums am Stadtpark in Uerdingen, die Erweiterung der Kaufmannsschule, die Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen, die Erweiterung und der Umbau der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule, die Errichtung einer Dreifachsporthalle an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule sowie erhebliche Beträge für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen vorgesehen. Die Schulentwicklungsplanung wird fortgeschrieben und sieht mittelfristig keine wesentlichen Veränderungen in der Schullandschaft vor. Auf Antrag der CDU-Fraktion wird der erste Medienentwicklungsplan für die Stadt Krefeld erarbeitet. Insgesamt gibt es 1.830 Personalcomputer an den 70 Krefelder Schulen, von der Grundschule bis zum Berufskolleg. Ziel des Medienentwicklungsplanes ist es, für eine relative Vereinheitlichung der technischen Ausstattung auf neuem Stand zu sorgen, Inter- und Intranet-Lösungen zu garantieren, Netzwerke zu installieren und mit einer einheitlichen Software zu arbeiten. Das Dr.-Isidor-Hirschfelder-Schullandheim in Herongen wird nicht geschlossen. Zur Weiterführung wird das Nutzungsentgelt moderat erhöht. Schulradwegpläne weisen den sichersten und besten Weg von der Haustüre zur Schule.

Für die Kulturpflege stehen insgesamt rund 49,6 Mio. Euro zur Verfügung. Neben erheblichen Ausgaben für die laufenden Personal- und Geschäftsausgaben sind umfangreiche Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Die Vielfalt und Qualität der Krefelder Kulturszene wird durch das städtische Angebot und die Förderung des freien Angebots gesichert. Das Theaterkuratorium hat die Voraussetzungen für den Bestand des Gemeinschaftstheaters als Dreisparten-Theater geschaffen. Hierzu werden die Werkstattbetriebskosten von den Trägerstädten zusätzlich übernommen und mit einer zeitlichen Unterbrechung bleibt es bei der maximalen Steigerung des Zuschussbedarfs von 2 % pro Spielzeit. Im Investitionsprogramm ist der weitere Ausbau der Fabrik Heeder vorgesehen. Die Weichen für den Bau der Großkatzenanlage im Krefelder Zoo werden gestellt. Darüber hinaus initiiert die CDU-Ratsfraktion ein mittelfristiges Konzept zur Weiterentwicklung des Krefelder Zoos. Für die Sanierung der Dächer des Kaiser-Wilhelm-Museums werden 410.000 Euro im Haushalt bereitgestellt. Die CDU-Fraktion befürwortet den Bau einer Ausstellungshalle für die Unterbringung des karolingischen Lastkahns am Museum Burg Linn. Planungskosten für den Umbau und die Erweiterung der Musikschule Haus Sollbrüggen sind im Haushalt vorgesehen. Die Sanierung der Hülser Burg einschließlich der Erneuerung der Burgbrücke ist vorgesehen. Die Stadt will sich an den Kosten beteiligen. Die NS-Dokumentationsstelle in der Villa Merländer wird zehn Jahre alt. Das Gebäude des Theaters am Marienplatz (TAM) soll instand gesetzt werden. Das Frauenkulturbüro NRW in Krefeld wird weiter durch die Stadt gefördert. Für die Sanierung der Parkanlagen Haus Esters und Haus Lange werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Die Stadtbücherei Uerdingen wird entgegen dem Vorschlag des Verwaltungsvorstandes erhalten.

## **Umwelt und Energie**

Die Freiraum- und Landschaftsplanung sowie der Schutz und die Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen sind Inhalt und Ziel der von der CDU-Ratsfraktion verantworteten Umweltpolitik. Die Durchführung des Landschaftsplanes und der Ankauf schutzwürdiger Flächen finden im städtischen Haushalt Berücksichtigung. Mit insgesamt 25.000 Euro wird der Prozess der „Lokalen Agenda 21“ unterstützt. Der Beschluss zur Anpassung des Landschaftsplanes wird im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes gefasst. Für die Pflege, Erneuerung und Erweiterung des Baumstandes an den Krefelder Straßen stehen

rund 50.000 Euro zur Verfügung. Die Voraussetzungen für die Erweiterung des Umweltzentrums Carstanjen wurden geschaffen. Standorte für Mobilfunksendeanlagen werden im Einvernehmen mit der Kommune ausgewählt. Für die Instandsetzung der Wege in den Kleingartenanlagen werden rund 50.000 Euro bereitgestellt.

### **Sport und Freizeit**

Getreu ihrem Konzept, Sport und Freizeit nicht als Luxus, sondern als notwendigen Ausgleich, zentrales Bedürfnis der Gesundheitsvorsorge und Möglichkeit sozialer Interaktion zu werten, stellt die CDU-Fraktion im Haushalt weiterhin erhebliche Beträge für die eigenen Sportstätten und die Sportförderung bereit. Allein im Verwaltungshaushalt 2000/2001 sind für die laufenden Personal- und Geschäftsausgaben rund 17,9 Mio. Euro vorgesehen. Rund 4 Mio. Euro stehen für Investitionen bereit. Als Investitionen in die ohnehin gute Krefelder Sportinfrastruktur sind beispielsweise der Bau der Bezirkssportanlage in Oppum sowie die Gestaltung der Außenanlagen am Badezentrum in Bockum vorgesehen. Bei der Förderung der Vereine und Verbände wird an den Sportförderrichtlinien festgehalten. Die Planungen für das Stadtbad Neusser Straße werden begonnen. Über das Investitionsprogramm 2000 – 2004 wird für den Neubau einer Veranstaltungshalle bei Gesamtkosten von rund 28 Mio. Euro ein städtischer Eigenanteil bereitgestellt. Die Krefelder Bau GmbH wird mit der Projektentwicklung und –bearbeitung beauftragt; Betreibergesellschaft wird die Seidenweberhaus GmbH, über die der städtische Einfluss von mindestens 51 % sichergestellt wird.

### **Verwaltung und Organisation**

Die Zahl der Personalstellen wird im Einklang mit der Aufgabenerfüllung und dem Gesamtpersonalrat weiter auf 2.827 reduziert. Zahlreiche Stellen werden entsprechend ihrem Stellenwert angehoben und dadurch den Mitarbeitern die Möglichkeit zu einer Beförderung eröffnet. Überall dort, wo es in der Verwaltung sinnvoll und zweckmäßig ist, werden verstärkt bewährte betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden eingesetzt. Damit einher geht eine systematische, methodische und permanente Aufgabenkritik. Der Frauenförderplan für die Stadtverwaltung wird novelliert. Die Einführung von Telearbeitsplätzen wird erprobt. Die Stadtverwaltung bietet in erheblichem Umfang Ausbildungsplätze (97) in den verschiedenen Verwaltungsbereichen und Berufs- und Tätigkeitszweigen an.

### **Ordnung, Sicherheit und Verkehr**

Mit rund 29,3 Mio. Euro an Personal- und Sachausgaben für den Brand-, Katastrophenschutz und den Rettungsdienst und einem erheblichen mittelfristigen Investitionsvolumen nimmt die Stadt ihre Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz vor Gefahren ernst. Einen besonderen Stellenwert genießt neben der Ausstattung der Sicherheitsdienste mit modernem Gerät und Ausrüstung die Verkehrssicherheit für Kinder. In Anlehnung an das Handlungskonzept der Ruhr-Universität Bochum ist ein Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, für den die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die Zahl der Unfälle bleibt in Krefeld entgegen einem steigenden Trend im Land konstant. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden hat sogar abgenommen. Auch die Zahl der Kinderunfälle ist zurückgegangen, was die bisherigen Aktivitäten bestätigt und zu weiterem konsequenten Vorgehen anspornt. Für die Umsetzung des Sicherheitsentwicklungsplanes sind im mittelfristigen Investitionsprogramm die Voraussetzungen geschaffen. Der Kommunale Ordnungsdienst der Stadt Krefeld bleibt erhalten. Für die Funktion des leitenden Notarztes bei Feuerwehr/Rettungsdienst sind pro Jahr rund 30.000 Euro etatisiert. Unter Leitung von Oberbürgermeister Dieter Pützhofen trägt die Reinigungskonferenz zur Sauberkeit in Krefeld bei. Überflüssige Verkehrsschilder werden entfernt.

## **II. Haushaltsplan für 2002**

## **Haushalt und Finanzen**

Die CDU-Fraktion hält an einem strikten Sparkurs fest. Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung haben weiter Priorität. Mit diesen Anstrengungen sind aber nicht Steuerausfälle in Millionenhöhe auszugleichen. Deshalb fordert die CDU-Fraktion Bund und Land auf, den Gemeindefinanzausgleich neu zu ordnen und endlich damit aufzuhören, die eigenen Haushalte zu Lasten der Städte und Gemeinden zu sanieren. Die Krefelder CDU-Fraktion hat mit wichtigen Investitionsentscheidungen dennoch keinen Sparkurs um jeden Preis gewählt. Mit einem Investitionsvolumen im Vermögenshaushalt von 142 Millionen Euro stellt sich die Krefelder CDU vor allem der Verantwortung für den Arbeitsmarkt und die heimische Wirtschaft. Der Haushaltsausgleich bleibt weiter das Ziel. Die freiwilligen Zuschußleistungen werden nicht ausgeweitet. Eventuelle Mehreinnahmen werden nach den von der CDU-Ratsfraktion beschlossenen Haushaltsgrundsätzen in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten zum Defizit- und Schuldenabbau eingesetzt.

Auch die vom Regierungspräsidenten geforderte restriktive Personalwirtschaft bestätigt den Kurs der CDU-Fraktion. Allerdings steht die bundes- und landespolitische Regelungswut mit diesen Bemühungen nicht im Einklang. Weniger Bürokratie ist aber nur durch Deregulierung zu erreichen. Das ist eine zwingende Voraussetzung, damit die öffentliche Verwaltung gute Leistungen mit weniger Personal erbringen kann. Für den Haushaltsvollzug des Jahres 2002 verlangt die CDU-Fraktion eine Fortsetzung der sparsamen Haushalts- und Finanzwirtschaft. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird maßvoll von 440 v.H. um 35 v.H. auf 475 v.H. angehoben. Auch mit dem Haushalt für 2002 wird die 1994 von der CDU eingeleitete sparsame Haushalts- und Finanzwirtschaft fortgeführt. Bei allen Sparbemühungen hat die CDU-Fraktion die Weiterentwicklung Krefelds stets im Blick. Ein Ausverkauf Krefelds kommt mit der CDU nicht in Frage, die Substanz wird nicht angetastet.

## **Bau/Planung/Stadtentwicklung**

Das Bau- und Wohnungswesen sowie Verkehrsplanungen haben für die Stadt Krefeld weiterhin besondere Bedeutung. Das drückt sich auch in der Bereitstellung der Finanzmittel für diese Aufgabenbereiche aus. Immerhin stellt die Stadt Krefeld dafür im Jahr 2002 rund 58 Mio. Euro zur Verfügung. Im Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben) ergibt sich für 2002 ein Volumen von cirka 40,8 Mio. Euro, während der Vermögenshaushalt (für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen) etwa 17,7 Mio. Euro umfasst. Diese Summen kommen allen Stadtbezirken zugute. Neben der weiteren Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Stadtteilzentren wird eine beträchtliche Summe in den Ausbau, die Sanierung und die Sicherheit des Krefelder Straßen- und Radwegenetzes investiert. In die Unterhaltung, Modernisierung und den Ausbau des Kanalnetzes fließen ebenfalls Mittel in Millionenhöhe.

Neu aufgenommen werden in den Haushaltsplan für 2002 zum Beispiel folgende Maßnahmen: Umgestaltung Peters- und Lohstraße und Umgebung (614.000 Euro), Neubau der Stadtbücherei am Theaterplatz (500.000 Euro), Anschluss der Hafeningstraße an die Düsseldorfer Straße (511.000 Euro), Begradigung der Hentrichstraße (102.000 Euro), Nordumgehung Schicksbaum (558.000), Umbau von Haltestellen zu Buskaps (917.000 Euro). Weitere Investitionsschwerpunkte liegen mittelfristig (2001 – 2005) in der Stadterneuerung mit 17,6 Mio. Euro, bei den Gemeindestraßen mit 34,3 Mio. Euro, bei Bundes- und Landesstraßen mit 33 Mio. Euro und bei der Straßenbeleuchtung mit 2,7 Mio. Euro. An "bezirksbezogenen Ansätzen" aus dem Bereich Bau- und Wohnungswesen sowie Verkehr sind im Investitionsprogramm neben den genannten Maßnahmen unter anderem folgende Projekte etatisiert: Stadtbezirk Süd (Wohnumfeldverbesserung, Schulhofgestaltung, Fußgängerpassage 8,4 Mio. Euro), Stadterneuerung Linn II 2,9 Mio. Euro, Handlungskonzept Uerdingen 2,6 Mio. Euro. Mit der Umgestaltung des Uerdinger Marktplatzes wird begonnen. Das Brückenbauwerk für den Ringschluss Deutscher Ring wird durch den Bahndamm gepresst.

Der zur Fortschreibung des Zentrenkonzeptes eingerichtete Arbeitskreis hat seine Arbeit mit einem Entwurf abgeschlossen, der in den zuständigen Ratsausschüssen beraten wird.

Nach einem von der CDU-Fraktion initiierten Beschluss des Stadtrates sollen der Theaterplatz und sein Umfeld zu einem Kulturschwerpunkt entwickelt und aufgewertet werden, damit die Krefelder Innenstadt in ihrer Attraktivität weiter gestärkt wird. Es wird ein Unterausschuss „Theaterplatz“ des Hauptausschusses gebildet, der das Projekt begleitet.

Gegen die Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ auf der historischen Trasse wendet sich die CDU-Ratsfraktion mit einer Resolution. Als Trassenführung schlägt die CDU-Ratsfraktion eine Neubaustrecke entlang der BAB 40 vor. Der Rat fasst mit der Mehrheit der CDU-Ratsfraktion eine Entschließung zum so genannten International Entertainment Center (IEC), mit der die Vermarktung der Thyssen-Fläche im Sinne einer Entwicklung der Stadt Krefeld grundsätzlich begrüßt, für die Nutzung durch ein IEC aber Bedingungen formuliert werden.

### **Jugend/Soziales/Gesundheit**

Die Ausgaben der Stadt Krefeld für die "Soziale Sicherung" machen im Jahr 2002 insgesamt rd. 150,9 Mio. Euro aus. Der Sozialetat nimmt mit über 20 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt im Jahr 2002 wieder die zweite Position ein. Es hat also keinen Einschnitt in das so genannte „Soziale Netz“ gegeben. Der „dickste Brocken“ des Sozialetats entfällt auf die Sozialhilfeleistungen u.ä. mit ca. 84,4 Mio. Euro (ohne Kindergeld). Hier ist es in den letzten Jahren gelungen, den Ausgabebedarf zu begrenzen. Unter dem Diktat der leeren Kassen hat die CDU-Fraktion eine verantwortungsbewußte und sozialverträgliche Gestaltung der Etatansätze vorgenommen, die es insbesondere den freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe, die von den allgemeinen Sparzwängen nicht ausgenommen werden können, erlaubt, ihre Arbeit - wenn auch unter eingeschränkten finanziellen Bedingungen - fortzusetzen. Die freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe in Krefeld werden durch die Stadt Krefeld entsprechend den Aufgaben, die sie für die Stadt und deren Bürger wahrnehmen, finanziell in hohem Maße gefördert. An Zuschüssen für die Sozialverbände sind rd. 2,6 Mio. Euro vorgesehen. Dabei wird nicht verkannt, dass die freien Träger von notwendig gewordenen Einsparungen betroffen sind, die jedoch sozialverträglich sind. "Kern- und Schwerpunkt" der weiteren Investitionen im Sozial- und Jugendetat ist die Mittelbereitstellung für die Verbesserung der qualifizierten Tagesbetreuung für Kinder, auch im schulpflichtigen Alter. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Qualifizierungsprojekte stehen mit rund 8 Mio. Euro mehr Mittel bereit als in den Vorjahren.

### **Schulen**

Rund 44 Mio. Euro läßt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule im Jahr 2002 kosten. Davon entfallen ca. 32,2 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben ohne Personalausgaben für den Lehrkörper) und etwa 11,9 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt (Investitionsausgaben). Neben den Personalkosten für den gesamten Schul- und Schulsportbereich (ohne Lehrer) mit ca. 9,8 Mio. Euro schlagen die Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgrundstücke und Schulgebäude mit 2,9 Mio. Euro mit erheblichen Summen zu Buche. Hinzu kommen die Kosten nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (968.000 Euro), die Schülerbeförderungskosten (ca. 3,7 Mio. Euro), die sächlichen Kosten des Unterrichtsbetriebes (525.100 Euro), die Reinigungskosten (ca. 2 Mio. Euro) sowie die Kosten für den Schwimmunterricht (200.000 Euro). Der mittelfristige Ausgabenbedarf bis 2005 für neue Investitionen im Schulsektor beträgt ca. 30 Mio. Euro, die insbesondere für den Ankauf von beweglichem Vermögen aber auch für konkrete Maßnahmen wie beispielsweise die Erweiterung des Berufskollegs in Uerdingen, die Erweiterung der Kaufmannsschule und den Ausbau des Ganztagsbereichs oder den Bau einer Zweifachturnhalle an der Grundschule Schicksbaum vorgesehen sind. Mit diesen Etatansätzen wird das Krefelder Schulwesen nicht nur in seinem Bestand gesichert, sondern

auch - da wo notwendig und erforderlich - sinnvoll weiterentwickelt. Die CDU-Fraktion führt das Schulinstandsetzungsprogramm konsequent fort.

## **Kultur**

Für Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege gibt die Stadt Krefeld rd. 29,2 Mio. Euro aus. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt (lfd. Personal- und Sachausgaben) ca. 27,5 Mio. Euro, während der Ausgabebedarf für Investitionen im Kulturbereich ca. 1,7 Mio. Euro beträgt. Den "Kulturkuchen" teilen sich im Verwaltungshaushalt das Stadttheater (ca. 11,6 Mio. Euro), die städtischen Museen, Stadtarchiv und NS-Dokumentationsstelle (rund 3,5 Mio. Euro), der Krefelder Zoo (rund 3 Mio. Euro), die städtische Musikschule (rund 1,6 Mio. Euro), die Fabrik Heeder (rund 500.000 Euro), das Kinder- und Jugendtheater "Kresch" (rund 500.000 Euro), die Stadtbücherei (rund 2 Mio. Euro), die allgemeine Kulturverwaltung und sonstige Kulturförderung teilen sich den Rest. Die CDU-Fraktion hat trotz Haushaltssicherungskonzept einen Raubbau im Krefelder Kulturretat verhindert. Die Sanierung der Hülser Burg wird fortgesetzt. Für die Instandsetzung des Gebäudes, in dem sich das Theater am Marienplatz (TAM) befindet, werden rund 200.000 Euro in den städtischen Haushalt eingestellt. Das Sprachförderprogramm für ausländische Frauen wird mit rund 25.000 Euro weiter bezuschusst. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung der Zuschüsse an die freien Kulturschaffenden wird von 15 % auf 10 % abgesenkt.

## **Umwelt/Energie**

Die CDU-Fraktion lässt sich den Umweltschutz etwas kosten. Der Verwaltungshaushalt (laufende Ausgaben) sieht für 2002 rd. 2,2 Millionen Euro vor. Hinzu kommen im Vermögenshaushalt rund 340.000 Euro für die Freiraum- und Landschaftsplanung. Mit diesen Mitteln kann trotz Finanzenge ein beachtlicher Beitrag zum Schutz und zur Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen in Krefeld geleistet werden. Mit dem Projekt „Euroga 2002 plus“ hat die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld konsequent den Gedanken regionaler Biotopverbundsysteme, öffentlicher Parkanlagen und Grünflächen fortgeführt. Hierfür hat das Investitionsprogramm rund 19 Mio. Euro vorgesehen. Für die Entschlammung der Holtmoers werden rund 130.000 Euro in den Haushalt aufgenommen, die Durchführung der Maßnahme ist allerdings abhängig von der Co-Finanzierung durch eine Landeszuweisung in Höhe von 78.000 Euro. Für die Sanierung der Wege auf den städtischen Friedhöfen werden rund 30.000 Euro bereitgestellt.

## **Sport/Freizeit**

Angesichts der Bedeutung des Sports stehen für den Bereich Sport und Bäder allein im Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben) 9,1 Millionen Euro zur Verfügung. Für Sportinvestitionen sieht der Vermögenshaushalt 2002 rund 600.000 Euro vor. Im Verwaltungshaushalt 2002 stehen für Sportverwaltung und -förderung rund 7,9 Millionen Euro (Turn- und Sporthallen/Sondersportanlagen rd. 650.000 Euro; Eishallen: rund 1,07 Mio. Euro; Bäder: rd. 3,7 Mio. Euro; Sportplätze: rd. 2,5 Mio. Euro) zur Verfügung. Mit dem Bau der Bezirkssportanlage in Oppum ist die ohnehin gute Sportinfrastruktur in Krefeld noch erheblich verbessert worden. Mit dem im Investitionsprogramm vorgesehenen Bau der Veranstaltungshalle bleibt der Krefelder Sport ein Schwerpunkt städtischer Investitionen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Bau GmbH erhalten den Auftrag, auf der Grundlage des vorliegenden technischen Konzeptes, des Verkehrskonzeptes, des Nutzungs- und Betriebskonzeptes sowie des Finanzierungs- und Investorenkonzeptes durch die Krefelder Bau GmbH eine Veranstaltungshalle mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 28 Mio. Euro zu errichten, die nach Fertigstellung durch die Seidenweberhaus GmbH betrieben werden soll. Dank der Initiative der CDU-Ratsfraktion geht die Stadt auf die aktuellen Ansprüche mit einem umfassenden Maßnahmenpaket ein, das die Sanierung und Unterhaltung vorhandener Anlagen ebenso wie den Neubau städtischer Sportanlagen vorsieht. Die Deckenerneuerung im Bade-

zentrum Bockum beginnt, für die Erneuerung des Leitungs- und Rohrsystems des Freibades werden rund 450.000 Euro etatisiert.

### **Verwaltung/Organisation**

Nach dem vom Rat der Stadt Krefeld beschlossenen Stellenplan 2002 verringert sich die Zahl der Personalstellen der Stadt Krefeld unter dem Strich mit 2.788 gegenüber dem Vorjahr (2.827 Stellen) um 39 Personalstellen, obwohl zur Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kindergärten im Jahr 2002 zusätzlich 9 Stellen eingerichtet werden. Weitere Stellen sind zur Einsparung in den nächsten Jahren vorgesehen. Damit setzt die CDU-Fraktion die sparsame Personalwirtschaft der letzten Jahre konsequent fort, ohne auf die Einrichtung neuer Stellen, die für die Aufgabenerfüllung notwendig sind, zu verzichten. Wenn es trotz der angespannten Haushalts- und Finanzlage der Stadt Krefeld im Rahmen des Stellenplanes 2002 zudem möglich ist, zahlreiche Stellen entsprechend ihrem Stellenwert anzuheben und damit die Stelleninhaber im Laufe des nächsten Jahres zu befördern, ist dies notwendig, um die Motivation der Mitarbeiter/innen zu erhalten und zu steigern. Dass gerade im mittleren Verwaltungsdienst die so genannte "Stellenobergrenzenverordnung" weitere Stellenanhebungen erschwert, hält die CDU-Ratsfraktion für besonders ärgerlich. Der mittlere Dienst ist eine tragende Säule der Verwaltung. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion für Ausnahmeregelungen ein, damit auch die Beamten und Beamtinnen im mittleren Dienst leistungsgerecht besoldet werden können. Das Studieninstitut Niederrhein (S.I.N.N.) erweitert nach Anschluss der Kreise Kleve und Wesel sein Raumangebot.

### **Sicherheit/Ordnung/Verkehr**

Feuerwehren sind die tragende Kraft der friedensmäßigen Gefahrenabwehr. Deshalb wird die Stadt Krefeld neben den laufenden Personal- und Sachausgaben für Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst (rund 15,7 Mio. Euro) mittelfristig bis 2005 (Investitionsprogramm) rund 2,9 Mio. Euro in diesen Sektor der öffentlichen Sicherheit investieren. Damit trägt die CDU-Fraktion in hohem Maße der Bedeutung der Feuerwehren für den Feuer- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Krefeld Rechnung. Für den Ankauf von Löschfahrzeugen sind 501.000 Euro vorgesehen. Für den Ankauf von Drehleiterfahrzeugen stehen 614.000 Euro zur Verfügung, und der Ankauf von Containern für das Wechselladersystem erfordert 754.000 Euro. Der CDU-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt Krefeld mit der Finanzierung von Fahrzeugen und Ausstattung für Zivilschutzzwecke in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung, trotz Finanzenge auch weiterhin dazu beiträgt, dass die Berufsfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren ihre Aufgabe im Gefahrenschutz erfüllen können. Das Programm zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder genießt weiterhin einen hohen Stellenwert in Krefeld. Nachdem auf Initiative der CDU-Ratsfraktion 1999 die Sofortmaßnahmen beschlossen und erfolgreich umgesetzt worden sind, hat die CDU mit dem Beschluss über die personelle Ausstattung und das Handlungskonzept auch die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. In Anlehnung an das Handlungskonzept der Ruhr-Universität Bochum/Stiftung Kriminalprävention hat der Arbeitskreis Verkehrssicherheit für Kinder in Krefeld einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Die CDU-Fraktion hat nicht nur für die Jahre 2000 und 2001 die erforderlichen Mittel von rund 1,3 Millionen Mark hierfür bereitgestellt, sondern führt das Konzept weiter und hat hierfür rund 100.000 Euro bereitgestellt.

## **III. Haushaltsplan für 2003**

### **Haushalt und Finanzen**

Die Krefelder CDU-Stadtratsfraktion hält weiter an den finanzpolitischen Zielen der Haushaltssicherung und des Haushaltsausgleichs fest. Allerdings hat sich die Finanzlage der

Städte und Gemeinden in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Vor allem haben sich die schweren Einbrüche bei der Gewerbesteuer fortgesetzt. Nach einem Minus von 9,2 % im Jahr 2001 hat es 2002 im Durchschnitt aller Städte und Gemeinden einen Rückgang von 7,7 % gegeben. Gegenüber 2000 fehlt den Kommunen ein Fünftel ihrer ursprünglichen Einnahmequellen. Trotz dieser negativen Entwicklung hat der Bundesgesetzgeber die abzuführende Gewerbesteuerumlage weiter erhöht. Für die Stadt Krefeld bedeutet die Anhebung der Gewerbesteuerumlage von 2002 auf 2003 eine um 1,429 Mio. Euro höhere Umlagezahlung. Die Hoffnung bleibt, dass die Diskussion zur Reform der Gemeindefinanzen endlich zu einem hilfreichen Ergebnis führt. Der Haushalt 2003 kann nach einem Erlass des nordrhein-westfälischen Innenministers nur unter den einschränkenden Bedingungen der so genannten „vorläufigen Haushaltswirtschaft“ geführt werden. Die vorläufige Haushaltswirtschaft lässt aber kaum Gestaltungs- und Bewegungsspielräume zu. Daher ist die CDU-Ratsfraktion der Empfehlung des Stadtkämmerers gefolgt, anstatt des ursprünglich geplanten Doppelhaushalts für die Jahre 2003 und 2004 einen Etat nur für das Jahr 2003 zu verabschieden. Trotz der extremen Steuer- und Zuweisungsausfälle in den Jahren 2001 in Höhe von 69,3 Mio. Euro und in 2002 von 27,3 Mio. Euro bleibt der Haushaltsausgleich oberstes Ziel. Dieses Ziel will die CDU-Fraktion erreichen, indem sie die sparsame Haushaltspolitik fortsetzt und weiter verstärkt.

### **Bau/Planung/Stadtentwicklung**

Für die CDU-Fraktion gehören eine gute Verkehrsinfrastruktur sowie die Qualität des Verkehrssystems zu den zentralen Standortfaktoren der Wirtschaft. Dazu zählt neben dem Ausbau der überregionalen Straßen- und Verkehrsverbindungen (z.B. A 44 und A 57) auch ein leistungsfähiges Straßennetz in Krefeld, für das die CDU-Fraktion Neubau- und Sanierungsmittel von rd. 15,7 Mio. Euro (u.a. für die Krefelder Straße, die Nordumgehung Schicksbaum, die Gladbacher Straße, die Umgehung Fischeln Süd-West, Duisburger Straße) sowie Unterhaltungsmittel von 1,4 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Für Bau-, Wohnungswesen und Verkehr sieht der Haushalt insgesamt rund 28,7 Millionen Euro für Investitionsmaßnahmen vor. Hinzu kommen im Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben) aus dem Bereich des Einzelplanes 6 – Bau- und Wohnungswesen/Verkehr - Gesamtausgaben von ungefähr 43 Mio. Euro. In der Haushalts- und Finanzplanung sind beispielsweise folgende Maßnahmen enthalten: Umgestaltung des Theaterplatzes/Neubau der Stadtbücherei/Gestaltung umliegender Straßen (12,5 Mio. Euro), Handlungskonzept Süd – Schulhofgestaltung und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes – (rund 1,6 Mio. Euro), Masterplan Rheinfront Uerdingen (174.000 Euro), Radwegebau im gesamten Stadtgebiet (ca. 1,6 Mio. Euro), Beseitigung von Unfallschwerpunkten und Radwegeerneuerung (600.000 Euro), Fischeln Süd-West erster und zweiter Bauabschnitt (rund 7,4 Mio. Euro), Uerdinger Marktplatz (ca. 423.000 Euro), Begrünung von Straßen in der Innenstadt (992.000 Euro), Hafenbrücke (10,7 Mio. Euro), Kölner Straße (rund 4,8 Mio. Euro), Gladbacher Straße (rund 5,9 Mio. Euro), Sanierung des Uerdinger Rheintors im Rahmen des Hochwasserschutzes (240.000 Euro). Trotz schwierigster Finanzlage hat die CDU-Fraktion mit dem Haushalt 2003 und der mittelfristigen Finanzplanung ein umfangreiches Programm für Krefeld initiiert, das sowohl die Stadtteile wie auch die Entwicklung der Gesamtstadt im Auge hat. Ferner werden für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Krefelder Hafens auf der Grundlage des beschlossenen Hafenprogramms die finanziellen Weichen gestellt, indem für den Anschluss der Hafenringstraße an die Düsseldorfer Straße rd. 1,2 Mio. Euro, für die Berliner Straße/Nordanbindung Hafen 2,8 Mio. Euro und für die neue Hafenbrücke 10,8 Mio. Euro in das Investitionsprogramm 2002 – 2006 aufgenommen werden.

### **Jugend/Soziales/Gesundheit**

Trotz des Konsolidierungskurses wird auf wichtige Maßnahmen (z. B. Ausbau der qualifizierten Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter, Bau weiterer Kindergärten, Neubau/Modernisierung von Sportstätten und Schulen, Ausstattung der Schulen mit neuen Medien, Straßeninstandsetzung, Entwicklung der Innenstadt/Stadtteilzentren) nicht verzichtet.

Weiterhin gibt es keine schwerwiegenden Eingriffe (z. B. Schließung städtischer Einrichtungen) oder sozial unverträgliche Einschnitte (z.B. existenzbedrohende Leistungskürzungen bei Verbänden/Institutionen). Damit hat die CDU-Fraktion ein wichtiges Ziel ihrer Politik erreicht: ausgewogene Versorgungsstrukturen bei größtmöglicher Stabilität der städtischen Finanzen vorzuhalten. Die Ausgaben der Stadt Krefeld für die "Soziale Sicherung" machen im Haushalt 2003 insgesamt rd. 160,1 Mio. Euro aus. Der Sozial- und Jugendetat nimmt im Jahr 2003 trotz intensiver Sparbemühungen mit knapp 20 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt wieder die zweite Position ein. Den größten Teil des Sozialstats nehmen die Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungen mit ca. 90,6 Mio. Euro ein. Hier ist es aber in den letzten Jahren gelungen, den Ausgabebedarf zu begrenzen und den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen wirksam zu bekämpfen. Die qualifizierte Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter bleibt ein Schwerpunkt im Sozial- und Jugendetat. Im Kinder- und Jugendbereich gibt es bereits gewachsene Strukturen der freien Träger, die es nun mit den gesetzlich geforderten Angeboten im Schulbereich zu vernetzen gilt.

## **Schulen**

Auf der Grundlage des vom Rat am 20.12.2001 beschlossenen mittelfristigen Schulinvestitionsprogramms (SIP) mit einem Gesamtvolumen von rd. 50 Mio. Euro werden im Investitionsprogramm 2002 – 2006 die Finanzmittel für notwendige Schulstandsetzungen, Schulbauten und Schulausstattungen bereit gestellt. Ziel ist es, darüber hinaus die nach der Schulentwicklungsplanung notwendigen Erweiterungsbauten (z.B. Grundschule Fischeln) zu errichten, das Schulstandsetzungsprogramm mit dem neuen Schwerpunkt „Brandschutz“, für den mittelfristig allein rd. 9 Mio. Euro bereit gestellt werden (Grundschulen: 1.075.000 Euro; Hauptschulen: 1.060.000 Euro; Realschulen: 1.060.000 Euro; Gymnasien: 2.150.000 Euro; Berufsschulen: 1.595.000 Euro, Sonderschulen; 1.030.000 Euro und Gesamtschulen: 1.070.000 Euro) fortzusetzen und das Programm für die informationstechnische Grundausstattung der Krefelder Schulen zu realisieren. Angesichts dieser erheblichen Investitionen muss die zeitliche Verschiebung der bildungspolitisch notwendigen und auch wünschenswerten Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen, die einen Gesamtausgabebedarf von rd. 3,8 Mio. Euro erfordert, zunächst in Kauf genommen werden. Das Projekt „Offene Ganztagsgrundschule“ wird an zwei ausgewählten Schulen (Regenbogenschule an der Gladbacher Straße und Grundschule Schicksbaum) eingeführt und erprobt. Dafür sind rd. 30.000 Euro eingeplant. Insgesamt rund 43,1 Mio. Euro lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule kosten. Davon entfallen ca. 36,5 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben ohne Personalausgaben für den Lehrkörper) und etwa 6,6 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt (Investitionsausgaben). Zusätzlich sind die Personalkosten für den Schulbereich (ohne Lehrer und ohne Volkshochschule) mit ca. 11,7 Mio. Euro und die Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgrundstücke und -gebäude mit 2,71 Mio. Euro mit erheblichen Summen zu berücksichtigen. Hinzu kommen die Kosten nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz von etwa 955.000 Euro, die Schülerbeförderungskosten mit rund 3,7 Mio. Euro sowie die sächlichen Kosten des Unterrichtsbetriebes mit rund 550.000 Euro. Der mittelfristige Ausgabenbedarf bis 2006 für neue Investitionen im Schulsektor beträgt ca. 23 Mio. Euro, die insbesondere für Brandschutzmaßnahmen an den Krefelder Schulen (rund 9 Mio. Euro), die Erweiterung der Grundschule in Fischeln an der Kölner Straße (rund 3 Mio. Euro), die Erweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Hülsener Straße (534.000 Euro), die Erweiterung der Grundschule Eichendorffstraße (rund 1,5 Mio. Euro), die Erweiterung des Gymnasiums am Stadtpark in Uerdingen (1,45 Mio. Euro), die Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen (rund 3,8 Mio. Euro) sowie die Errichtung einer Zweifachsporthalle an der Grundschule Eichendorffstraße (rund 2,3 Mio. Euro) vorgesehen sind.

## **Kultur**

Rund 30,3 Mio. Euro stehen für die Kultur zur Verfügung. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt (lfd. Personal-, Sachausgaben und Zuschüsse) ca. 28,5 Mio. Euro, während

der Ausgabebedarf für Investitionen im Kulturbereich ca. 1,8 Mio. Euro beträgt. Davon entfallen im Verwaltungshaushalt auf das Stadttheater (11,9 Mio. Euro), die städtischen Museen (3,9 Mio. Euro), den Krefelder Zoo (3,3 Mio. Euro), die städtische Musikschule (1,7 Mio. Euro), die Fabrik Heeder (540.000 Euro), das Kinder- und Jugendtheater "Kresch" (rund 390.000 Euro), die Stadtbücherei (rund 2 Mio. Euro), den Zentralbereich Kultur und die sonstige Kulturförderung etwa 942.000 Euro. Mit einem Gesamtvolumen von rund 8,9 Millionen Euro stehen in den Jahren 2003 ff im wesentlichen die folgenden Kulturinvestitionen an: Im Rahmen des Kommunalen Handlungskonzeptes Krefeld-Süd, das insgesamt 22 Projekte, davon 9 mit beschäftigungswirksamen Effekten, umfasst, könnten – nachdem die Bewilligung der Landes- und Europamittel erfolgt ist – Ausbau und Erweiterung der Fabrik Heeder (Heeder II) mit einem Investitionsvolumen von rd. 6,2 Mio. Euro mit einem maximalen Eigenanteil der Stadt Krefeld in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro in Angriff genommen werden, wenn die Folgekostenermittlung vorliegt und zu deren Finanzierung ein geeigneter und akzeptabler Deckungsvorschlag, der im Rahmen des Budgets des Geschäftsbereichs V a/V b zu realisieren ist, unterbreitet werden kann. Das gilt auch für den geplanten und mit rund 2,3 Mio. Euro etatisierten Neubau des Musiktheaters der Musikschule im Haus Sollbrüggen. Darüber hinaus wird für den Krefelder Zoo unter Beteiligung externer Berater ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Dafür stehen im Haushalt rund 60.000 Euro bereit.

### **Umwelt/Energie**

Nach wie vor hat ein nachhaltiger Umweltschutz für die CDU-Fraktion Priorität. Der Verwaltungshaushalt (laufende Ausgaben) sieht rund 2,6 Mio. Euro vor. 912.000 Euro sind laut Investitionsprogramm im Zeitraum 2002 bis 2006 für Herrichtung von Grünanlagen und die Reinigung Krefelder Gewässer vorgesehen. Mit diesen Mitteln kann trotz der Haushaltslage ein beachtlicher Beitrag zum Schutz und zur Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen in Krefeld geleistet werden. Nachdem die Maßnahmen zur Euroga 2002plus, die zu einer erheblichen ökologischen und gestalterischen Verbesserung der historischen Garten- und Parkanlagen in Krefeld geführt haben, weitestgehend abgeschlossen sind, werden jetzt das für deren Erhalt und Pflege notwendige Personal und die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt. Dafür wird das Personalkostenbudget im Geschäftsbereich „Umwelt und Gesundheit“ für die Durchführung von Pflege- und Unterhaltungsarbeiten im Eurogabereich um 250.000 Euro aufgestockt. Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts für das im Umweltamt und in der unteren Landschaftsbehörde eingesetzte Fachpersonal betragen rund 1,68 Mio. Euro. Die übrigen Mittel des Verwaltungshaushaltes stehen für Umwelterziehung, Zuschüsse an Natur- und Umweltverbände sowie verschiedene andere Maßnahmen und Projekte zur Verfügung. Das Investitionsprogramm sieht für den Planungszeitraum 2002 – 2006 insgesamt 3,6 Mio. Euro für die Durchführung des Landschaftsplanes vor. Darüber hinaus werden rund 45.000 Euro für die Erweiterung des Krefelder Umweltzentrums bereitgestellt. Weitere 45.000 Euro sollen in 2004 folgen, damit den zunehmenden Anmelde- und Teilnehmerzahlen für Schulklassenbesuche, Lehrerfortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen usw. Rechnung getragen werden kann.

### **Sport/Freizeit**

Das Engagement der CDU-Fraktion für den Schul- und Breitensport ist trotz der erheblichen Steuerausfälle hoch. Allein der Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben und Unterhaltung) sieht Ausgaben von rund 9,3 Mio. Euro vor. Davon entfallen auf Sportverwaltung und –förderung rund 1,2 Millionen Euro. Für den Betrieb stadt-eigener Sportstätten sind rund 8,1 Mio. Euro eingeplant (Turn- und Sporthallen/Sondersportanlagen 645.000 Euro; Eishallen rund 1,1 Mio. Euro; Bäder rund 3,7 Mio. Euro; Sportplätze rund 2,65 Mio. Euro). Die Dreifachsporthalle an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule wird fertig gestellt, das Schulsporthallenangebot wird darüber hinaus durch den Bau einer neuen Zweifachsporthalle an der Gemeinschaftsgrundschule Eichendorffstraße weiter komplettiert, für die insgesamt rd. 2,3 Mio. Euro (einschließlich Ausstattung) veranschlagt sind. Die bereits im Bau befindliche

Mehrzweck- und Veranstaltungshalle wird weitere positive Impulse für den Krefelder Sport geben.

### **Verwaltung/Organisation**

Obwohl in einigen Bereichen der Verwaltung neue Aufgaben zu erledigen sind, hat die CDU-Fraktion in den zurückliegenden Jahren regelmäßig Personalausgaben eingespart. Auch mit dem Stellenplan 2003 wird die restriktive Personalwirtschaft der letzten Jahre konsequent fortgesetzt. Seit 1994 ist die Zahl der Personalstellen bei der Stadtverwaltung Krefeld immerhin von 3.458 um 689 auf 2.769 gesunken. Die aus den Stellenwertanhebungen resultierenden Beförderungsmöglichkeiten können aufgrund der Auflagen der Aufsichtsbehörde leider nicht in die Tat umgesetzt werden. Trotz intensivster Bemühungen ist die Aufsichtsbehörde nicht von ihrem Kurs abgewichen, den generellen Beförderungsstopp als einen wirksamen Beitrag zur Haushaltssicherung zu werten. Dies ist unerfreulich, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz Arbeitsverdichtung die Aufgaben weiter erledigen und der Stadtverwaltung mit dem Beförderungsstopp ein wesentlicher Motivationsanreiz genommen ist.

### **Sicherheit/Ordnung/Verkehr**

Neben den laufenden Personal- und Sachausgaben für Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst sind im Finanzplanungszeitraum 2002 bis 2006 rund 6,7 Mio. Euro Investitionsmittel vorgesehen. Darin sind beispielsweise die Kosten für die Einrichtung eines Bürgerinformationssystems für Großschadensfälle, der Ankauf von Rettungstransportwagen sowie weiterer Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehr enthalten. Die Finanzierung von Fahrzeugen und Ausstattung für Zivilschutzzwecke in den Bereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung trägt trotz der Finanzenge auch weiterhin dazu bei, dass die Berufsfeuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren ihre Aufgabe im Gefahrenschutz erfüllen können. Arbeitsschwerpunkte sind weiterhin Maßnahmen zur Unfallvermeidung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere von Kindern, älteren Menschen und Radfahrern. Im Investitionsprogramm werden für die Beseitigung von Unfallschwerpunkten/Radwegeerneuerungen rd. 600.000 Euro bereitgestellt. Die Aktion „Fairkehr“ wird 2003, wie bereits in den Vorjahren, mit rund 120.000 Euro unterstützt.

## **IV. Haushaltsplan für 2004**

### **Haushalt und Finanzen**

Der am 11. Dezember 2003 verabschiedete Etat für das Haushaltsjahr 2004 weist einen Fehlbetrag von 290,550 Mio. Euro aus. In diesem Defizit, das ausschließlich im Verwaltungshaushalt auftritt, sind abzudeckende Fehlbeträge aus Vorjahren von 243,400 Mio. Euro enthalten; sie sind maßgeblich durch die enormen Steuer- und Zuweisungsausfälle - insbesondere in den Jahren 2001 und 2002 von annähernd 100 Mio. Euro - geprägt. Das ist ein schwerer Rückschlag bei den Bemühungen, den Haushalt der Stadt Krefeld in Ordnung zu bringen. Der Haushaltsausgleich ist und bleibt oberstes Ziel. Der Haushalt für das Jahr 2004 ist vor allem durch bundespolitische Entwicklungen geprägt. Die Steuerreform und die aktuelle Konjunkturlage haben Spuren im städtischen Haushalt hinterlassen. Die enormen Steuereinbrüche der Vorjahre und die aktuelle Rückführung der Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen um rd. 20 Mio. Euro sind eine gewaltige Belastung für die künftigen Haushaltsjahre. Diesen Belastungen kann auf Dauer nur mit weiteren wirksamen Einsparungen und begrenzten Einnahmeverbesserungen begegnet werden. Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass in Berlin und Düsseldorf eine gemeindefreundliche Finanzreform verabschiedet wird – und nicht nur Lippenbekenntnisse und medienwirksame Erklärungen abgegeben werden. Aus Sicht der Stadt Krefeld muß die Reform sowohl am Gemeindesteuersystem als auch bei den Ausgabelasten, insbesondere bei den Soziallasten, ansetzen. Die Reform muss eine erhebliche Stärkung der finanziellen Ausstattung der Stadt Krefeld bringen.

Der durch den vom Gesetzgeber verursachte Verlust der städtischen Steuereinnahmen, die Übertragung von staatlichen Leistungsverpflichtungen ohne zusätzliche Finanzmittel und die erzwungene Mitfinanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben muß korrigiert werden. Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen hat die solide Haushalts- und Finanzwirtschaft der CDU-Ratsfraktion dazu geführt, dass die langfristigen Schulden der Stadt Krefeld um 40 % vermindert werden konnten. Ohne die seit 1993 durch die Krefelder CDU-Ratsfraktion eingeleiteten Sparmaßnahmen würde der Haushalt der Stadt Krefeld im Jahr 2004 ein Defizit von insgesamt 966 Millionen Euro ausweisen. Dieses Defizit hat die CDU-Fraktion durch einen strikten Sparkurs auf rund 290 Millionen Euro zurückgeführt.

Das Volumen des Verwaltungshaushalts 2004 wird dadurch begrenzt, dass den einzelnen Geschäftsbereichen für das Haushaltsjahr 2004 auf der Basis der Beschlüsse des Finanzplanungsrates zum Nationalen Stabilitätspakt nur ein Zuwachs des Budgets um 1 v. H. zugewilligt wird, bezogen auf die Haushaltsansätze des Jahres 2003. Die Tarifierhöhung des öffentlichen Dienstes muss innerhalb der vorstehenden Vorgabe aufgefangen werden. Auch der nicht-investive sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand muss weiter begrenzt bleiben, wie dies bereits in den vergangenen Jahren mit einem Rückgang von 32,2 % im Jahre 1993 auf rund 19,6 % im Jahre 2004 praktiziert wird. Durch Beschluss des Rates der Stadt Krefeld vom 24.11.1994 sind die städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften weiterhin aufgefordert, zu den städtischen Konsolidierungsbemühungen einen angemessenen Beitrag zu erbringen. Eine methodische und systematische Fortführung der Aufgabenkritik, in der darzulegen ist, inwieweit Leistungen entbehrlich sind, eingeschränkt werden können, sich durch Rationalisierung und Privatisierung wirtschaftlicher erbringen lassen, ist weiterhin mit dem Ziel der Kosteneinsparung bzw. der Erhöhung des Kostendeckungsgrades erforderlich.

### **Bau/Planung/Stadtentwicklung**

Für ein leistungsfähiges Krefelder Straßennetz sind Neubau- und Sanierungsmittel von rd. 12,9 Mio. Euro (u.a. für die Ritterstraße, die Gladbacher Straße, die Duisburger Straße, die Nordumgehung Schicksbaum) sowie Unterhaltungsmittel von 1,34 Mio. Euro vorgesehen. Für Bau-, Wohnungswesen und Verkehr stellt die Stadt Krefeld insgesamt rund 22,1 Mio. Euro für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Hinzu kommen im Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben) aus dem Bereich des Einzelplanes 6 – Bau- und Wohnungswesen/Verkehr - Gesamtausgaben von ungefähr 45,7 Mio. Euro. In der Haushalts- und Finanzplanung für 2003 - 2007 sind beispielsweise folgende Maßnahmen enthalten: Umgestaltung des Theaterplatzes/Neubau der Stadtbücherei/Gestaltung umliegender Straßen (12,5 Mio. Euro), Handlungskonzept Innenstadt/Umgestaltung Westwall – Mittelstreifenbereich (rund 1,75 Mio. Euro), Handlungskonzept Süd – Schulhofgestaltung und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes – (rund 1,5 Mio. Euro), Begrünung von Straßen in der Innenstadt (rund 1 Mio. Euro), Nordumgehung Schicksbaum (rund 17,2 Mio. Euro), Hafenbrücke (10,75 Mio. Euro), Umgestaltung des Ostwalls südlich der St. Anton-Straße (rund 16,5 Mio. Euro), Kölner Straße, Aufweitung von Ritterstraße bis Kochstraße (rund 4,8 Mio. Euro), Gladbacher Straße (rund 6 Mio. Euro).

Die Gestaltung der Innenstadt ist nach wie vor ein wichtiger Programmschwerpunkt, der u.a. mit der Überdachung der Königstraße, der Umgestaltung des Platzes an der Alten Kirche und des Schwanenmarktes in Angriff genommen wurde und der jetzt mit der Neugestaltung des Theaterplatzes (4 Mio. Euro) fortgeführt werden soll, für die einschließlich des Neubaus der Stadtbücherei (7,7 Mio. Euro) und der Gestaltung der umliegenden Straßen (800.000 Euro) mittelfristig rd. 12,5 Mio. Euro etatisiert sind, wozu aus dem Landesprogramm „50 Stadtplätze“ finanzielle Zuwendungen des Landes erwartet werden, die Voraussetzung für eine Inangriffnahme und Realisierung der Gesamtmaßnahme sind. Die Platzgestaltungen in den Stadtbezirken werden fortgeführt und zum Abschluß gebracht. Das gilt insbesondere für die Gestaltung des Marktplatzes in Uerdingen. Darüber hinaus wird für Platzgestaltungen in der Innenstadt ein Betrag von rd. 800.000 Euro bereitgestellt. Der attraktiven Gestaltung der Innenstadt dient auch die Umsetzung des Begrünungsprogramms, für das mittelfristig rd.

600.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Für den Ausbau des Bottermaats in Hüls werden in 2004 Finanzmittel in Höhe von 120.000 Euro veranschlagt, und für die Gestaltung des Bockumer Platzes stehen 50.000 Euro bereit.

Für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Krefelder Hafens werden auf der Grundlage des beschlossenen Hafenprogramms die finanziellen Weichen gestellt, in dem für den Anschluß der Hafenringstraße an die Düsseldorfer Straße nach Abschluß des I. Bauabschnitts (rd. 1,2 Mio. Euro) für den II. Bauabschnitt (von Kreisverkehr Fegeteschstraße bis Bataverstraße) weitere 7,6 Mio. Euro, für die Berliner Straße/Nordanbindung Hafen 2,8 Mio. Euro und für die neue Hafenbrücke 10,8 Mio. Euro in das Investitionsprogramm 2003 – 2007 aufgenommen werden.

Um auch weiterhin gezielt Schwerpunkte der Stadtentwicklung in Angriff zu nehmen und die für die Realisierung solcher Vorhaben notwendigen Grundstücke erwerben zu können, werden in den kommenden Jahren zusätzliche Haushaltsmittel für den Ankauf und Freimachung von Grundstücken in einer Größenordnung von 4,3 Mio. Euro bereitgestellt, so dass auch in Zukunft notwendige Investitionsvorhaben für die Stadt Krefeld realisiert werden können.

Mit dem Ziel einer deutlichen Aufwertung und der Schaffung eines Durchstichs zur Lange Straße für Passanten wird für die bahnseitig geplante und nur teilweise durch die Deutsche Bahn AG finanzierte Umgestaltung des Bahnhofs Uerdingen ein städtischer Finanzierungsanteil von rd. 1,1 Mio. Euro bei Gesamtinvestitionen von rd. 2,6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

### **Jugend/Soziales/Gesundheit**

Mit dem weiteren Ausbau der qualifizierten Tagesbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter, Neubau/Modernisierung von Sportstätten und Schulen, Ausstattung der Schulen mit neuen Medien werden trotz schwierigster Finanzlage die Prioritäten richtig gesetzt. An der Politik, auf schwerwiegende Eingriffe (z. B. Schließung städtischer Einrichtungen) und sozial unverträgliche Einschnitte (z.B. existenzbedrohende Leistungskürzungen bei Verbänden/Institutionen) zu verzichten, wird festgehalten. Ein wichtiges Politikziel der CDU-Ratsfraktion ist damit erreicht: ausgewogene Versorgungsstrukturen bei größtmöglicher Stabilität der städtischen Finanzen vorzuhalten. Die Ausgaben der Stadt Krefeld für die "Soziale Sicherung" machen insgesamt rd. 163,6 Mio. Euro aus. Der Sozial- und Jugendetat nimmt im Jahr 2004 trotz intensiver Sparbemühungen mit knapp 20,6 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt wieder die zweite Position ein. In Krefeld gibt es im Gegensatz zur nordrhein-westfälischen Landespolitik aber keine Einschnitte in das so genannte 'Soziale Netz'. Die Sozial- und Jugendhilfe sowie die Asylbewerberleistungen sind mit ca. 95,96 Mio. Euro der größte Einzelposten im Sozialetat. Hier ist es zwar in den letzten Jahren gelungen, den Ausgabebedarf zu begrenzen und den Mißbrauch von Sozialhilfeleistungen wirksam zu bekämpfen; diese Bemühungen sind auf Dauer aber nicht geeignet, den durch die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Bundes- und Landesregierung verursachten Anstieg der Sozialkosten zu kompensieren. Unter dem Diktat der leeren Kassen hat die CDU-Ratsfraktion auch 2004 eine verantwortungsbewußte und sozialverträgliche Gestaltung der Etatansätze vorgenommen. Damit hat die Stadt Krefeld ihren Beitrag geleistet, den freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe eine verlässliche Planungsgrundlage für die Fortsetzung ihrer wichtigen Arbeit zu schaffen. Allerdings ist die Stadt Krefeld finanziell nicht in der Lage, die Verluste, die durch gekürzte oder gestrichene Landesmittel entstehen, auszugleichen. Für die Fortführung des Sprachförderprogramms für ausländische Frauen werden 50.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit soll das im Rahmen des Handlungskonzeptes Krefeld Süd durchgeführte Sprachförderprogramm mit bisher rd. 1.000 Teilnehmerinnen für zugewanderte Erwachsene (insbesondere Frauen) fortgeführt werden.

### **Schulen**

Auf der Grundlage des vom Rat beschlossenen mittelfristigen Schulinvestitionsprogramms (SIP) werden im Haushalt 2004 sowie im Investitionsprogramm 2003 – 2007 die Finanzmittel für notwendige Schulinstandsetzungen, Schulbauten und Schulausstattung bereit gestellt. Ziel ist es, die nach der Schulentwicklungsplanung notwendigen Erweiterungsbauten (z.B. Grundschule Fischeln) zu errichten, das Schulinstandsetzungsprogramm mit dem neuen Schwerpunkt „Brandschutz“, für den mittelfristig allein rd. 9 Mio. Euro bereit gestellt werden (Grundschulen: 1.075.000 Euro; Hauptschulen: 1.060.000 Euro; Realschulen: 1.060.000 Euro; Gymnasien: 2.150.000 Euro; Berufsschulen: 1.595.000 Euro, Sonderschulen; 1.030.000 Euro und Gesamtschulen: 1.070.000 Euro), fortzusetzen und das Programm für die informationstechnische Grundausstattung der Krefelder Schulen zu realisieren. Angesichts dieser erheblichen Investitionen ist die Bereitstellung der Mittel für die bildungspolitisch notwendige und auch wünschenswerte Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen, bei einem Gesamtausgabebedarf von rd. 4 Mio. Euro, mit zunächst rund 1,2 Mio. Euro für 2004 ein besonderer Kraftakt. Das Projekt „Offene Ganztagsgrundschule“ wird fortgesetzt. Dafür sind im Haushalt 2004 für laufende Ausgaben 178.000 Euro und für Investitionsmaßnahmen 480.000 Euro eingeplant. Insgesamt rund 46,3 Mio. Euro lässt sich die Stadt Krefeld das Schulwesen einschließlich Volkshochschule im Jahr 2004 kosten. Davon entfallen ca. 38,5 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben ohne Personalausgaben für den Lehrkörper) und etwa 7,8 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt (Investitionsausgaben). Weitere Ausgabepositionen sind: laufende Personalkosten für den Schulbereich (ohne Lehrer und ohne Volkshochschule) mit ca. 11,8 Mio. Euro, Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulgrundstücke und -gebäude einschließlich der Schulsporthallen mit rund 3,1 Mio. Euro, Kosten nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz von 950.000 Euro, Schülerbeförderungskosten mit rund 3,7 Mio. Euro sowie die sächlichen Kosten des Unterrichtsbetriebes mit rund 550.000 Euro. Der mittelfristige Ausgabenbedarf bis 2007 für neue Investitionen im Schulsektor beträgt ca. 24,5 Mio. Euro, die insbesondere für Brandschutzmaßnahmen an den Krefelder Schulen, die Erweiterung der Grundschule in Fischeln an der Kölner Straße, die Erweiterung des Gymnasiums am Stadtpark in Uerdingen, die Erweiterung des Berufskollegs Uerdingen sowie die Errichtung einer Zweifachsporthalle an der Grundschule Eichendorffstraße sowie der Beschaffung von Vermögensgegenständen vorgesehen sind. Mit diesen Etatansätzen wird das Krefelder Schulwesen nicht nur in seinem Bestand gesichert, sondern auch stetig weiterentwickelt.

## **Kultur**

Für die Kulturpflege gibt die Stadt Krefeld im Jahr 2004 rd. 34,3 Mio. Euro aus. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt (lfd. Personal-, Sachausgaben und Zuschüsse) ca. 25,4 Mio. Euro, während der Ausgabebedarf für Investitionen im Kulturbereich ca. 8,95 Mio. Euro beträgt. Im Verwaltungshaushalt entfallen auf das Stadttheater (12 Mio. Euro), die städtischen Museen einschließlich des Stadtarchivs (rund 4,3 Mio. Euro), den Krefelder Zoo (rund 3,2 Mio. Euro), die städtische Musikschule (rund 1,76 Mio. Euro), die Fabrik Heeder (rund 786.000 Euro), das Kinder- und Jugendtheater "Kresch" (rund 401.000 Euro), die Stadtbücherei (rund 2,2 Mio. Euro) und den Rest für die sonstige Kulturförderung. Mit einem Gesamtvolumen von rund 18,3 Mio. Euro stehen in den Jahren 2004 ff wesentliche Kulturinvestitionen an. Dazu gehört nicht nur der jetzt beschlossene Ausbau der Fabrik Heeder (Heeder II), sondern beispielsweise ebenso die Investitionsmaßnahmen zugunsten des Zoos, des Kaiser-Wilhelm Museums und der Musikschule. Das Kaiser-Wilhelm-Museum, das 1897 eröffnet wurde, hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem der bedeutenden Zentren moderner und neuester Kunst entwickelt. Durch die dort präsentierten Exponate mit Werken von Christo, George Segal, Andy Warhol, Joseph Beuys, Claude Monet, Wasily Kandinsky und weiteren international renommierten Künstlern besitzt das Haus einen international bedeutsamen Ruf. Um dieses Haus auch von seiner Baukonstruktion und den technischen Anlagen auf einem den heutigen Stand der Technik entsprechenden Level zu bringen, hat die CDU-Ratsfraktion 6 Mio. Euro (je drei Mio. Euro in 2004 und 2005) für die Sanierung des Museums bereit gestellt.

Für den Krefelder Zoo sind Investitionen von rund fünf Mio. Euro (je zwei Mio. Euro in 2004 und 2005 und eine Mio. Euro in 2006) notwendig. Damit kann auf Dauer der Betrieb dieser in der Bevölkerung und weit über die Grenzen Krefelds hinaus beliebten kulturellen Einrichtung gewährleistet werden und können für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitgemäße und moderne Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Diese Investition ist für den Fortbestand des Krefelder Zoos unerlässliche Voraussetzung.

## **Umwelt/Energie**

Zu den von der CDU-Ratsfraktion stetig und nachhaltig wahrgenommenen Aufgaben gehören der Umwelt- und Landschaftsschutz. So sieht der Verwaltungshaushalt (laufende Ausgaben) für 2004 für den Fachbereich Umwelt rund 1,9 Mio. Euro vor. Rund 1,7 Mio. Euro sind laut Investitionsprogramm im Zeitraum 2003 bis 2007 insgesamt für die Herrichtung von Grünanlagen und die Reinigung Krefelder Gewässer vorgesehen. Mit diesen Mitteln kann trotz der Finanzenge eine wirksame Arbeit für Krefeld und die Bürgerinnen und Bürger geleistet werden. Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts für das im Fachbereich Umwelt und in der unteren Landschaftsbehörde eingesetzte Fachpersonal betragen rund 1,47 Mio. Euro. Die übrigen Mittel des Verwaltungshaushaltes stehen für Umwelterziehung, Zuschüsse an Natur- und Umweltverbände sowie verschiedene andere Maßnahmen und Projekte zur Verfügung. Das Investitionsprogramm sieht für den Planungszeitraum 2003 – 2007 insgesamt rund 3,45 Mio. Euro für die Durchführung des Landschaftsplanes vor.

Es werden weitere 45.000 Euro für die Erweiterung des Krefelder Umweltzentrums bereitgestellt, nachdem dafür bereits in 2003 rd. 45.000 Euro etatisiert wurden. Mit der Erweiterung soll den zunehmenden Anmelde- und Teilnehmerzahlen für Schulklassenbesuche, Lehrerfortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen usw. Rechnung getragen werden. Darüber hinaus werden für den Waldspielplatz im Bebauungsplangebiet 396 – Josef-Brocker-Dyk/Josef-Lenders-Dyk – wie von der Anwohnerinitiative Waldspielplatz beantragt - rund 30.000 Euro zur Verfügung gestellt.

## **Sport/Freizeit**

Allein im Verwaltungshaushalt (laufende Personal- und Sachausgaben und Unterhaltung) sieht der Haushalt der Stadt Krefeld für den Sportbereich Ausgaben von rund 9,5 Mio. Euro vor. Diese Mittel verteilen sich wie folgt: für Sportförderung rund 714.000 Euro, für den Betrieb stadteigener Sportstätten rund 8,75 Mio. Euro (Turn- und Sporthallen/Sondersportanlagen 681.100 Euro; Eishallen rund 1,15 Mio. Euro; Bäder rund 3,75 Mio. Euro; Sportplätze rund 2,7 Mio. Euro, Elfrather See rund 452.000 Euro). Das Krefelder Sportstättenangebot wird durch den Bau einer neuen Zweifachsporthalle an der Gemeinschaftsgrundschule Eichendorffstraße weiter komplettiert. Die Mehrzweck- und Veranstaltungshalle an der Westparkstraße soll in der zweiten Jahreshälfte fertig gestellt werden. Daneben hatten die Sanierung und Unterhaltung vorhandener Anlagen Priorität.

## **Verwaltung/Organisation**

Auch der Stellenplan 2004 weicht nicht von dem Kurs einer verantwortungsvollen und sparsamen Personalwirtschaft ab. Die Personalausgaben, deren Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts im Jahre 1993 noch 26,5 % betrug, werden auf einen Anteil von 18,2 % des Verwaltungshaushaltsvolumens zurückgeführt. Zwar hat die CDU-Fraktion den begründeten Stellenwertanhebungen zugestimmt, eine Beförderung der Stelleninhaber kommt aber in vielen Fällen auf Grund der Restriktionen der Kommunalaufsicht nicht in Betracht. Trotz intensivster Verhandlungen hat die Aufsichtsbehörde nur einen so genannten „Beförderungskorridor“ zugelassen. Die beabsichtigte Gewährung von Leistungszulagen an die von dieser Regelung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die Aufsichtsbehörde untersagt. Sie sieht hierin einen wirksamen Beitrag zur Haushaltssicherung in einer Situation der kommunalen Finanzen, die im Wesentlichen durch landes- und bundespolitische Rahmenbedin-

gungen ihre Ursachen findet. Dies ist unerfreulich, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz Arbeitsverdichtung die Aufgaben weiter erledigen und der Stadtverwaltung mit dem Beförderungsstopp ein wesentlicher Motivationsanreiz genommen ist.

### **Sicherheit/Ordnung/Verkehr**

Die Stadt Krefeld wird neben den laufenden Personal- und Sachausgaben für Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst im Finanzplanungszeitraum 2003 bis 2007 insgesamt rund 6,55 Mio. Euro in diesen Sektor der öffentlichen Sicherheit investieren. Arbeitsschwerpunkte sind weiterhin Maßnahmen zur Unfallvermeidung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere von Kindern, älteren Menschen und Radfahrern. Im Investitionsprogramm werden für die Beseitigung von Unfallschwerpunkten/Radwegeerneuerungen rd. 500.000 Euro bereitgestellt. Die Aktion „Fairkehr“ wird 2004, wie bereits in den Vorjahren, mit rund 120.000 Euro unterstützt. Für die Herstellung eines Verbindungsweges im Bereich Klieberstraße, der der Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder dient, werden zusätzlich 12.000 Euro bereitgestellt. Für die neue Hauptfeuerwache ist die Bereitstellung von Planungskosten in Höhe von 250.000 Euro erfolgt.